



Wathlingen

Wathlingens „strahlende“ Zukunft – was droht noch an Lkw-Verkehr und radioaktiv belasteten Abfällen?

10. Januar 2020 [Achim Bartsch](#), [Firma K+S](#), [Holger Müller](#), [Kalihaldenabdeckung](#), [LBEG](#), [Wathlingen](#)

WATHLINGEN. Ein neues Jahr und aus Sicht der Bürgerinitiative Umwelt keine guten Nachrichten für Wathlingens Bevölkerung. „Nach den Plänen von K+S könnte im Zusammenhang mit der geplanten Kalihaldenabdeckung alles noch viel schlimmer kommen, als bisher schon bekannt“, sagt Holger Müller, Vorsitzender der örtlichen BI.

„Trotz aller kreativer Verkehrslenkungsvorschläge von Kommunalpolitikern in der Vergangenheit soll der Lkw-Transportverkehr zur geplanten Haldendeponie nach dem Willen der Firma K+S ausschließlich durch die Ortschaften laufen. Das muss spätestens seit dem Erörterungstermin Anfang 2019 jedem klar sein.“ Laut Müller bedeutet das für Nienhagen und Wathlingen schon im Normalfall 50 bis 200 Lkw-Fahrten am Tag.

Achim Bartsch, ebenfalls von der BI Umwelt Wathlingen, weist darauf hin, dass die Firma K+S darüber hinaus plant, Salzabwässer aus der hessischen Kaliproduktion und Haldenwässer verschiedener Standorte in Wunstorf und/oder Wathlingen zu versenken. „Die Wässer werden bereits heute per Bahn nach Sehnde gebracht. Das dortige Bergwerk ist allerdings fast voll. Zukünftig könnten die Salzwässer dann auf Lkw umgeladen und – zumindest auch – durch Nienhagen und Wathlingen transportiert werden.“ Sollten diese Pläne Realität werden, drohen nach Einschätzung der Bürgerinitiative noch hunderte Lkw-Fahrten pro Tag zusätzlich.

„Übrigens kämen – sozusagen Huckepack – mit den genannten Salzwässern voraussichtlich auch strahlende Schlämme aus der Rauchgasreinigung und die Assewässer nach Wathlingen, für die das Land händeringend eine weitere Versenkmöglichkeit sucht“, erläutert Bartsch.

„Zudem haben Nachforschungen der BI jüngst ergeben, dass die Möglichkeit des Einbaus von niedrig strahlendem Bauschutt aus dem Abriss von stillgelegten Atomkraftwerken in die Haldenabdeckung keineswegs vom Tisch ist“, fügt Müller hinzu. „Solcher Bauschutt darf nach dem fragwürdigen Prinzip der sogenannten „Freimessung“ als Baustoff verwendet werden, ist aber nicht frei von Strahlung.“

„Das Landesbergamt (LBEG) hat eine Nebenbestimmung bzw. Regelung in der möglichen Genehmigung angekündigt, die das ausschließen soll. Das klingt gut, wirkt aber nur auf dem Papier“, kritisiert Müller. „Von entsprechenden Kontrollen oder auch nur Kontrollmöglichkeiten ist keine Rede und Nebenbestimmungen kann man im Sinne des Antragstellers ohnehin ändern.“

„Zudem hat sich die Firma K+S in den Antragsunterlagen für die Haldenabdeckung ausdrücklich vorbehalten, später die Zulassung weiterer Abfälle zur Ablagerung zu beantragen“, fügt er noch hinzu.

„Das ist ja immer noch nicht alles“, wirft Achim Bartsch ein. „Die Firma K+S will auf der Haldendeponie belasteten „Boden“ ablagern. Solcher Boden darf laut der einschlägigen Vorschrift, der „Technischen Richtlinie Boden 2004“, bis zu 10 Volumenprozent Schlacken, u.a. aus der Kohleverbrennung, enthalten.“

Durch den Vorbehalt der Ablagerung weiterer Abfälle könnte die Firma K+S nach Überzeugung der BI aber auch Filterstäube aus der Kohlefeuerung und Braunkohlenasche auf der Halde ablagern. „Bei der Verbrennung von Kohle soll der größte Teil der enthaltenen radioaktiven Stoffe in feste Rückstände, wie Aschen, Schlacken und Filterstäube übergehen“, erläutert Holger Müller. „Aus Sicht des BUND Nordrhein-Westfalen müssen Filterstäube daher als „hochgefährlicher Sondermüll“ behandelt werden.“

„Wir gehen aber davon aus, dass – so oder so – strahlende Abfälle ohne Wissen der Bevölkerung auf Lkw ohne Abdeckung durch die Dörfer, vorbei an Wohnhäusern, Schulen und Kindergärten transportiert, unter Staubentwicklung gebrochen und in die dafür ungeeignete Wathlinger Deponie eingebaut würden“, sagt Bartsch dazu.

Die Bürgerinitiative bittet die Bevölkerung deshalb, bei der Vorbereitung und Durchführung einer Klage zu helfen. Informationen zu den Möglichkeiten gibt es auf www.biuw.de unter „Ja, ich möchte helfen“.

Müller und Bartsch sind sich einig. „Wer strahlende Abfälle und den drohenden massiven Lkw-Verkehr verhindern will, der muss gegen die Deponie kämpfen und den Rückversatz der Halde in das Bergwerk fordern! Die Betroffenen vor Ort müssen sich jetzt und zusammen mit aller Kraft wehren.“

PR

Foto: Holger Müller